

Lokales © 2014 Neue Westfälische  
07 - Gütersloh, Donnerstag 06. Februar 2014

### **Lärmbelastung im Blickpunkt**

### **Belastung für Anwohner der B 513 im Ausschuss diskutiert / Experte kommt**

#### **Von Richard Zelenka**

Harsewinkel. Jährlich passieren mehr als drei Millionen Fahrzeuge die B 513, die unter der Bezeichnung Südring die Stadt teilt. Immer mehr Autos rollen auf der Durchgangsstraße, vor allem die Zahl der Schwerlaste steigt kontinuierlich. Die Anlieger, die an der einst relativ ruhigen Bundesstraße vor vielen Jahren ihre Häuschen gebaut haben, sind inzwischen durch Lärm und Abgase genervt.

Nur greift die Politik dieses brisante Thema auf: Die UWG hatte den Antrag gestellt, Geld für ein Lärmgutachten bereitzustellen, mit dem die Situation an den stark frequentierten Straßen der Stadt, insbesondere an der B 513, beleuchtet werden sollte. Die Expertise sollte die Grundlage für gezielte Lärmschutzmaßnahmen sein.

Ein hehres Ziel, das aber am geltendem Recht scheitern dürfte, wie der städtische Umweltberater Guido Linnemann am Dienstag vor dem Umweltausschuss erläuterte. Denn: Für das betroffene Teilstück der B 513 zwischen der Grenze mit Gütersloh und der Abzweigung Tecklenburger Weg ist das Land als Straßenbaulastträger zuständig. Und der Landesbetrieb Straßen NRW sei nicht verpflichtet, etwaige, durch das Gutachten vorgeschlagene Lärmschutzmaßnahmen, umzusetzen. So gesehen, könne sich die Stadt die etwa 9.000 Euro, die eine derartige Untersuchung durch ein Ingenieurbüro kosten würde, sparen, meinte Linnemann.

Einfach die Hände in den Schoß legen und warten, bis das Land von sich aus aktiv wird? Das wollen die Umweltpolitiker nicht - angesichts der Tatsache, dass sich die Lärmproblematik in Harsewinkel, und das nicht nur an der B 513, von Jahr zu Jahr verschlimmert.

"Es gibt etliche Anrufe von Bürgern, die sich über den Lärm beschweren", sagte dazu Ausschussvorsitzender Helmut Linning (UWG). Das Thema soll nicht in Vergessenheit geraten, lautet sein Wunsch.

Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Sabine Amsbeck-Dopheide wurde einstimmig die folgende Strategie vereinbart: Vorerst wird auf ein Lärmschutzgutachten für die B 513 verzichtet. Linnemann: "Damit würden wir ein Fass aufmachen. Die Anträge auf Lärmschutzberechnungen auch aus anderen Bereichen würden sich häufen". Stattdessen wird zu einer der nächsten Sitzungen ein Referent vom Landesbetrieb NRW eingeladen, der die lokale Lärmsituation in einen größeren Kontext stellt und die Möglichkeiten aufzeigt, doch noch mit gezielten Maßnahmen wie Schallschutzwänden, zusätzlicher Schallisolierung oder leiserem Straßenbelag den Krach in den Griff zu bekommen.

An die betroffenen Anlieger ging die Empfehlung, sich als Einzelpersonen oder als Bürgerinitiative an den Landesbetrieb zu wenden und eine individuelle "lärmetechnische Berechnung" zu beantragen, auf deren Grundlage dann eine Lärmsanierung erfolgen kann - aber nicht muss, wie Guido Linnemann betonte. Die Lage wird sich weiter verschärfen. "Der Verkehr wird unsere Straßen in Zukunft noch mehr belasten, vor allem dann, wenn Claas alle seine Maschinen per Tieflader über die Straße transportieren sollte", gab Stephan Rieping (Grüne), zu bedenken.



#### **14 Personen sollen betroffen sein**

Die Zahlen der Landesbehörde muten auf den ersten Blick absurd an: Ganze 14 Personen seien im Verlauf der Bundesstraße von zu viel Lärm betroffen, heißt es in der Stellungnahme. Dabei handelt es sich indes um einen rein theoretischen Wert. Das Land ermittelt in einer Lärmkarte die statistische Belastung der Menschen anhand verschiedener Parameter wie Emission, Art der Bebauung oder Geländeform. Auf der Grundlage dieser Daten hat das Land Lärmaktionspläne mit verschiedenen Dringlichkeitsstufen aufgestellt. Die Stadt Harsewinkel tauche hier an keiner Stelle auf, sei also auch nicht in der Prioritätsliste der vorgesehenen Schutzmaßnahmen vertreten, führte Linnemann aus.